

### III. Von der Massenkundgebung zum bewaffneten Aufstand

Im Herbst 1956 sah sich also eine völlig verunsicherte Macht mit einer zahlenmäßig und auch nach ihrem politischen Gewicht plötzlich erstarkten innerparteilichen Opposition konfrontiert. Diese Opposition fand in kürzester Zeit unter Intellektuellen, Studenten und auch in der Arbeiterschaft breite Zustimmung gefunden: hinter ihr stand - wie sich bald herausstellen sollte - fast das ganze Volk geschlossen und bereit zum Handeln.

Wiewohl man Revolutionen immer auf ein einzelnes, momentanes Ereignis zurückführen kann, sind die Ursachen einer jeden Empörung äußerst komplex und das Ergebnis länger anhaltender Prozesse. Der ungarische Aufstand war die eruptive Entladung einer lang schwelenden Krise des „Sozialismus“ stalinistischer Prägung. Im Rückblick kann man sagen, daß der Aufstand zugleich die erste allgemeine Krise des Systems in seiner Geschichte war.

Der Ernst der Lage wurde von keinem der relevanten politischen Akteure richtig eingeschätzt. Mit der Einsetzung von Gerő signalisierte die sowjetische Führung, daß sie an keine tiefgreifende Veränderungen dachte. Die innerparteiliche Opposition dagegen erwartete die Verwirklichung ihrer Reformpläne von einem entscheidenden Machtwechsel, wenn auch innerhalb der bestehenden Strukturen.

#### *Das Warschauer Beispiel*

Das Beispiel dafür, daß eine solche politische Strategie erfolgreich sein konnte, gab es ja in Polen, wo Wladyslaw Gomulka trotz der andersgearteten Absichten der sowjetischen Führung zum Parteichef gewählt worden war. Die polnische Reformbewegung, die vom 20. Parteitag der KPdSU neue Impulse erhielt und durch den Arbeiteraufstand in Poznan im Juli 1956 außergewöhnlich gestärkt wurde, erreichte ihren Höhepunkt im 8. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZRP), das am 19.-21. Oktober stattfand. Noch vor dem Plenum gab es Gerüchte, die die Hoffnung auf weitreichende personelle Veränderungen in der Parteiführung nährten. Der Posten des Ersten Sekretärs wurde von Gomulka beansprucht, der 1949 aus der Parteiführung verdrängt worden war, danach drei Jahre im Gefängnis verbracht hatte und große Popularität genoß. Am Eröffnungstag erschien in Warschau unerwartet eine hochrangige sowjetische Delegation: Um den Wechsel in der polnischen Parteiführung zu verhindern, waren Chruschtschow, Mikojan, Molotow und Kaganowitsch plötzlich angereist.

Chruschtschow drohte mit militärischer Intervention, und ein Teil der in Polen stationierten sowjetischen Truppen wurde tatsächlich auf die Hauptstadt in Marsch gesetzt. Auf Befehl des polnischen Verteidigungsministers Rokossowski, der zugleich Marschall der Sowjetunion war, befanden sich auch einige polnische Armeeverbände auf dem Weg nach Warschau. Die dramatischen Verhandlungen zwischen den sowjetischen Führern und dem nun mit Gomulka erweiterten polnischen ZK gingen in der Frühe des 20. Oktober zu Ende. Die sowjetische Delegation hatte, wenn auch widerwillig, nachgegeben und dem Personenwechsel schließlich zugestimmt. Ausschlaggebend dabei war, daß die chinesische KP sich gegen eine militärische Intervention aus, sprach, aber auch das Versprechen Gomulkas, daß an der engen Bindung Polens zur Sowjetunion sich nichts ändern würde. In dem am 21. Oktober neugewählten Politbüro waren die am meisten kompromittierten Politiker der stalinistischen Periode nicht mehr vertreten und zum ersten Sekretär des ZK der PZRP wurde Gomulka gewählt. In seiner Rede kündigte er tiefgreifende Veränderungen an, die Bewertung der Posener Ereignisse, die bis zu diesem Zeitpunkt der offiziellen Lesart nach Folge der „Wühlarbeit der Spione und Agenten der imperialistischen Geheimdienste“ waren, revidiert und ein „polnischer Weg zum Sozialismus“ angekündigt. Von der ungarischen Parteizeitung *Szabad Nep* wurde die Rede am 23. Oktober in voller Länge abgedruckt.

Die ungarische innerparteiliche Opposition fühlte sich durch die polnischen Ereignisse in ihren Bestrebungen voll bestätigt. Für den Mann auf der Straße jedoch war das Geschehen in Polen von anderer Signalkraft: Der Moment ist da, wo handeln möglich, ja sogar geboten ist, denn siehe, zeigt man nur die nötige Entschlossenheit, weicht selbst die sowjetische Führung zurück.

### *Vorspiel: Die Studentenbewegung*

Die ungarische Presse berichtete erst nach Tagen darüber, was am 16. Oktober 1956 in der südungarischen Universitätsstadt Szeged geschehen war. In einer Studentenversammlung wurde die Neugründung des ehemaligen unabhängigen Hochschulverbandes MEFESZ vorgeschlagen. In Szeged schlossen sich dem Vorschlag innerhalb weniger Tage alle Hochschulen an und auch die Forderungen der Studentenschaft wurden formuliert. Der Forderungskatalog enthielt außer den Punkten, die das Studium und die sozialen Belange der Studenten betrafen, auch eindeutig politische Zielvorstellungen.

Der Studentenprotest ging zum Teil aus der Bewegung der intellektuellen parteiinternen Opposition des Sommers und Herbstes 1956 hervor. Wie bereits erwähnt, formierten sich im Laufe des Herbstes 1956 in fast allen Universitätsstädten intellektuelle Diskussionsforen nach Art des „Petöfi-Kreises“ formiert. Der Ton der Lokalpresse, besonders der der literarischen Zeit-

schriften in der Provinz, klang auf einmal viel freier und lebhafter. Die Führer des kommunistischen Jugendverbandes DISZ, die den rapiden Schwund der Einflußnahme der eigenen Organisation spürten, begannen, wenn auch nur zaghaft, über Reformen nachzudenken.

Andererseits hat das Auftreten der Studenten im politischen Leben Ungarns eine entscheidende Wende bedeutet, so daß es zu Recht als „Vorspiel“ der Revolution bezeichnet werden kann. Nicht etwa, weil die Studenten gegen die stalinistische Führung unter dem Ersten Sekretär Gerő waren, das waren auch die oppositionellen Kommunisten, sondern weil sie ihre eigentlichen Impulsgeber in drei entscheidenden Punkten hinter sich gelassen haben.

Bereits bei ihrem ersten Schritt, der Schaffung des eigenen unabhängigen Verbandes, wurde es auf einmal klar, daß der studentische Widerstand von viel radikalerem Charakter als der der parteiinternen Opposition war. Indem die Studenten von der Zentrale unabhängig etwas Neues, das auf basisdemokratischen Prinzipien beruhte, geschaffen hatten, zerbrachen sie die zentralgelenkte, stalinistische Struktur der Institutionen: Die provisorischen Führungsgremien wurden von den Vollversammlungen gewählt, wo sich alle Anwesenden auch an der Formulierung der studentischen Forderungen unmittelbar beteiligen konnten.

Der zweite entscheidende Punkt war, daß die Studenten sich mit der bloßen Kritik an den bestehenden Verhältnissen und der Formulierung vager Reformideen nicht mehr zufrieden gaben. Sie stellten Forderungen: Nach dem Vorbild der Zwölf Punkte-Forderung der 1848er Revolutionäre - über bürgerliche Freiheitsrechte, Parlamentarismus und nationale Unabhängigkeit - wurden an allen Universitäten des Landes Manifeste verfaßt. Sie waren, wenn auch in unterschiedlich vielen Punkten abgefaßt und im einzelnen auch nicht gleichlautend, in der Grundeinstellung einander doch erstaunlich ähnlich.

Der dritte wichtige Aspekt schließlich war, daß die Studenten sich mit der Formulierung der Forderungen allein nicht begnügten. Im Gegenteil, ihre gewählten Sprecher machten sich mit den vervielfältigten Resolutionen auf den Weg, sie brachten sie in die anderen Hochschulen, in die Betriebe, zu den lokalen und zentralen Behörden und Institutionen. Sie wollten die Forderungen in die Tat umgesetzt sehen, und gaben gleichzeitig zu erkennen, sie seien selbst zur Tat entschlossen; Studentendemonstrationen und Streiks waren angekündigt.

In der Woche vor dem 23. Oktober fanden an den Hochschulen überall im Land Versammlungen statt, die alle in fast identisch abliefen. Die große Studentenversammlung am 22. Oktober an der Budapester Technischen Universität entwickelte sich dann zum unmittelbaren „Vorspiel“ der revolutionären Erhebung.

Die Versammlung war ursprünglich vom Einheitsjugendverband als Gegenveranstaltung zu den selbständigen Aktionen der Studentenschaft ge-



Gründung der MEFESZ in Szegedin, 16.10. 1956

dacht. Nach einem Bericht der Delegierten der Universität Szeged und unter dem Eindruck der aktuellen Nachrichten über die polnischen Reformerfolge wurde die Leitung der Veranstaltung den kommunistischen Jugendfunktionären aus der Hand genommen und in der Versammlung mit überwältigender Mehrheit beschlossen, sich der von den Szegediner Studenten neubelebten MEFESZ anzuschließen. Spätabends bei der Formulierung der Forderungen in der mehrtausendköpfigen Versammlung gerieten die studienspezifischen Probleme hinter den politischen Forderungen schnell in den Hintergrund. Die einflußreichsten Redner waren der Altkommunist und Anhänger Imre Nagys, József Szilágyi, der in dieser Zeit an der TU ein Fernstudium absolvierte und der Oberstleutnant István Marián, Professor für Militärwesen. Der Abend hatte sich - wie es in dem zum Schluß der Veranstaltung veröffentlichten Aufruf hieß- tatsächlich „zum Sonnenaufgang der neueren ungarischen Geschichte“ entwickelt. Im Hochgefühl erlangter Freiheit und Handlungsfähigkeit, wurden die Formulierungen im Laufe des Abends immer kühner und die Forderungen immer radikaler. Die für die innerparteiliche Opposition charakteristischen, kurzfristigen Ziele (Ernennung Imre Nagys zum Ministerpräsidenten, Einberufung des Parteikongresses, Überprüfung der Normen und Ablieferungsquoten in Industrie und Landwirtschaft u.ä.) wurden durch allgemeine demokratische und nationale Forderungen (Mehrparteiensystem, freie Wahlen, bürgerliche Freiheitsrechte, wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes, Wiedereinführung der

ungarischen Nationalfeiertage und Staatsymbole) ergänzt. Als unerläßliche Voraussetzung von Reformen überhaupt gelangte schließlich die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen an die Spitze. Daß die legendär gewordenen „Programmpunkte der Technischen Universität“ in vielen Varianten kursierten - manche umfaßten 10, andere 14 oder 16 Punkte, je nach dem, von wem der Abzug und in welcher Phase der Versammlung er gefertigt worden war - das spricht für den impulsiven, spontanen Charakter dieser Abendveranstaltung am deutlichsten.

Die Teilnehmer der Versammlung wollten die Forderungen natürlich einem größeren Publikum als es durch Abzüge und durch die Veröffentlichung in der Studentenzeitung „Ingenieur der Zukunft“ möglich war, zugänglich machen. Aber die Delegation, die zum Ungarischen Rundfunk entsandt wurde, hatte keinen Erfolg. Im Sender weigerte man sich, Forderungen wie die nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte oder nach freien Wahlen durch den Äther zu schicken. Das war der Anlaß für die Studenten, zu einer Kundgebung am folgenden Tag aufzurufen. Sie sollte eine Solidarität demonstration für die polnischen Reformer werden, gleichzeitig wollten die Studenten den eigenen Forderungen Nachdruck verleihen. (Das Doppelanliegen der Demonstranten kam unter all den mitgeführten Transparenten vielleicht in der Parole „Polen ist unser Vorbild - folgt dem ungarischen Weg!“ am deutlichsten zum Ausdruck.)

Der Gedanke einer politischen Demonstration lag in diesen Tagen sozusagen in der Luft. Die Studenten der Philosophischen Fakultät hatten den gleichen Beschluß gefaßt. Am 23. Oktober vormittags wurden die Vorstellungen der Initiatoren beider Universitäten dann koordiniert: die Studenten der TU sollten in einem Schweigemarsch und ohne Tafeln oder Transparenten, die von der Philosophischen Fakultät mit Fahnen und Transparenten losmarschieren. Treffpunkt war das Denkmal des Generals Bein, des legendären polnischen Revolutionärs, der 1849 die ungarischen Truppen gegen die Habsburger und die zaristische Interventionsarmee in mehreren Schlachten zum Sieg geführt hatte.

### *Der 23. Oktober*

Abgesehen von den Unmutsdemonstrationen anläßlich der verlorenen Fußballweltmeisterschaft im Sommer 1954 in Bern, gab es in den Straßen von Budapest fast ein Jahrzehnt lang keine spontane, nicht von oben organisierte Massenkundgebung mehr.

Von der an verordnete Massenaufmärsche gewöhnten Staats- und Parteiführung war sicherlich nicht zu erwarten, daß sie auf die angekündigte Studentendemonstration gelassen reagieren würde. Ihre Beunruhigung vor Unmutsäußerungen der Bevölkerung schien aber auch nicht übermäßig

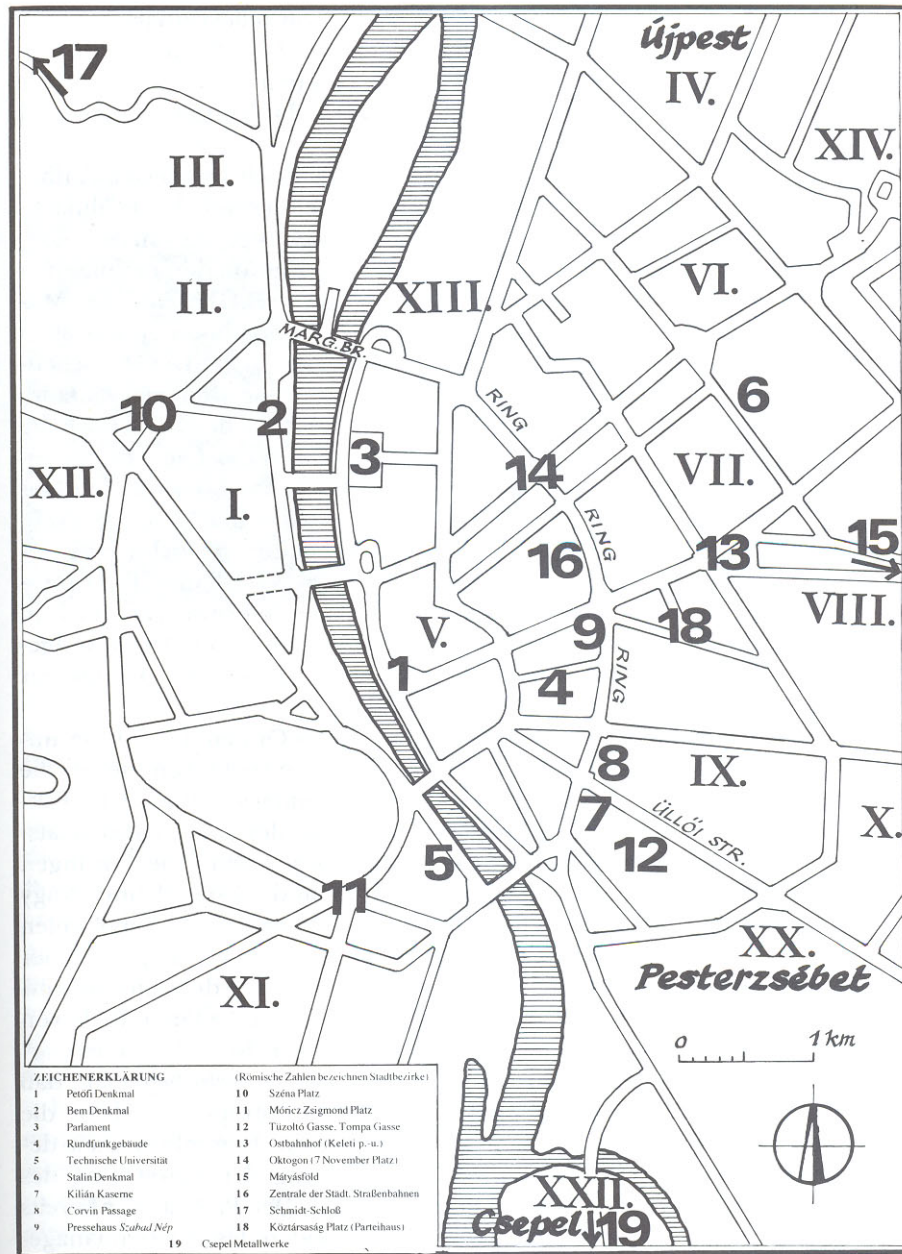
groß gewesen zu sein. Die wichtigsten Entscheidungsträger hielten sich in diesen Tagen zu einem ausgedehnten Staatsbesuch in Jugoslawien auf, um sich der Unterstützung Präsident Titos zu versichern.

Die Partei- und Staatsdelegation, zu der außer Ernő Gerő und dem Ministerpräsidenten András Hegedűs auch János Kádár gehörte, war erst am Morgen des 23. Oktober aus Jugoslawien zurückgekehrt. In einer Sitzung des Politbüros, die unverzüglich nach ihrer Ankunft einberufen wurde, vertrat die Parteiführung mehr oder weniger geschlossen den Standpunkt, die studentische Kundgebung müsse mit allen Mitteln verhindert werden. Die Politbüromitglieder József Révai und György Marosán haben es offen ausgesprochen: „Wenn es sein muß, lassen wir auch schießen!“ Doch andere Stellen des Machtapparats gaben sich jetzt nicht mehr so selbstsicher und traten keineswegs so geschlossen wie das Politbüro auf. Zum Beispiel rief die Führung des DISZ seine noch treuen Mitglieder zur Teilnahme an der Demonstration auf und verkündete, daß die führenden Funktionäre selbst an der Spitze des Zuges mitmarschieren würden. Andererseits informierten die zuständigen Offiziere von Staatsschutz und Polizei die politische Führung, daß sie für eine gewaltlose Auflösung der Demonstration keine geeigneten Mittel zur Verfügung hätten. Der mit der Opposition sympathisierende Polizeipräsident von Budapest, Sándor Kopácsi, sprach sich im Beisein des sowjetischen KGB-Chefs, General Serow, gegen eine Polizeiaktion aus und erklärte, daß nach seiner Einschätzung der Lage, die Polizei gegen demonstrierende Studenten nicht gewaltsam vorgehen werde.

Daß der Erste Sekretär, Gerő, sofort mit dem sowjetischen Parteipräsidium den Kontakt aufnahm, war die übliche Vorgehensweise, aber dadurch konnte die vollkommene Führungsschwäche des Staats- und Parteiapparats nicht mehr kaschiert werden. Das permanent tagende Politbüro war im Laufe des Tages langsam auseinandergefallen. Seine Mitglieder spürten, daß sie die Kontrolle über die Ereignisse allmählich verloren hatten.

Der Verfall der Macht begann selbstverständlich nicht erst am Vormittag des 23. Oktober. Das hatten die Machthaber gespürt, aber die umfassenden Bereitschaftsmaßnahmen, die für das Rajk-Begräbnis am 6. Oktober getroffen worden waren, wurden bald danach wieder aufgehoben. Die Lage war mehr als gespannt, aber die Führung wollte es nicht wahrhaben. Wie Nikita Chruschtschow später spöttisch bemerkte, hatte man sich lieber auf einen langen Badeurlaub nach Brioni begeben.

Am 23. Oktober um 10 Uhr wurde im Budapester Rundfunk („Radio Kossuth“) bekannt gegeben, daß die Universitätsjugend, „um ihre Solidarität mit den polnischen Ereignissen zu demonstrieren, einen Schweigemarsch zur Polnischen Botschaft“ ab 14 Uhr 30 veranstalten wolle, als Treffpunkt das „Haus der Schriftsteller“ genannt. Um 12 Uhr 53 dagegen wurde die Bekanntmachung des Innenministers verlesen: „Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden Kundgebungen und Straßendemonstrationen bis auf weiteres untersagt.“



Karte 1: Budapest 1956

Studenten und Verfechter der Reformen (Schriftstellerverband, Petöfi-Kreis, Redaktion des *Szabad Nép*) protestierten. Und - offenbar bevor die Vertreter der harten Linie Einspruch erheben konnten - wurde um 14 Uhr 23 im Rundfunk verkündet, daß der Innenminister das Versamlungs- und Demonstrationsverbot aufgehoben habe.

Die Studenten haben sich weder um das Verbot, noch um dessen Aufhebung viel gekümmert. Das Verbot wirkte eher mobilisierend. Am Frühnachmittag setzten sich die Demonstrationzüge in Bewegung: die von den Universitäten der Pester Seite zum Petöfi-Denkmal und die von der Technischen Universität in Buda zum Bem-Denkmal (siehe Karte 1). Die Zahl der Mitmarschierer nahm schnell zu, viele Arbeiter und Sympathisanten aus allen Schichten der Bevölkerung schlossen sich den Studenten an. Die Menschenmenge, die sich am Spätnachmittag schließlich am Bem-Denkmal einfand, ging bereits in die Zehntausende. Weder die Funktionäre des DISZ noch die auf den Plan gerufenen Parteiaktivisten waren mehr in der Lage, die Ereignisse „zu kanalisieren“. Auch die Oppositionellen versuchten es, aber der Lautsprecherwagen des Petöfi-Kreises blieb irgendwo in der Menge stecken. Peter Veres, der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes, versuchte eine Resolution zu verlesen, in der die Schriftsteller den Warschauer Führungswechsel als nachahmenswertes Beispiel für radikale Reformschritte auch in Ungarn begrüßten, doch seine Stimme ging im Lärm unter. Die Kundgebung wuchs, schwoll an wie eine große atmende Woge, die die Dämme der Angst überwunden hatte.

Rekruten in der Kaserne am Bem-Platz, denen das Öffnen der Fenster untersagt wurde, stiegen auf den Dachboden, hoben an mehreren Stellen die Dachziegel heraus und hißten zum Zeichen ihrer Solidarität ungarische Fahnen. Es tauchten in der Menge auch Fahnen auf, aus deren Mitte das Staatswappen der Volksrepublik herausgeschnitten worden war. Die Losungen aus der Menge wurden immer radikaler („Rákosi in die Donau! Imre Nagy in die Regierung!“) und die reformistischen bald von nationalen Parolen („Bist du Ungar, bist mit uns!“ „Russen raus!“) verdrängt. Das Begehren der Studenten, die „16 Punkte“ im Rundfunk zu verlesen, wurde weiterhin verweigert. Stattdessen sendete Radio Kossuth um 20 Uhr eine kurze Rede von Ernő Gerő, in dem der Erste Sekretär die „nationalistische Kundgebung“ scharf verurteilte. Die Parteiführung hatte noch immer nicht begriffen, daß es sich hier nicht mehr um eine bloße Unmutsdemonstration handelte, die man mit halbherzigen polizeilichen Maßnahmen, die Entschlossenheit demonstrieren sollten - zum Beispiel die Verstärkung der Bewachung des Rundfunkgebäudes - hätte beschwichtigen können. Der Protest, der bereits eine Eigendynamik entwickelt hatte, war mit Methoden des „Krisenmanagements“ altbewährter Art, nicht mehr zu beeinflussen.

Das war, als sich die Menge bei Einbruch der Dunkelheit vom Bem-Platz über die Margareten-Brücke in Richtung Parlament in Bewegung setzte, auch Imre Nagy und den oppositionellen Politikern in seiner Umgebung,





Auf dem Bem-Platz am 23. Oktober 1956

obwohl sie den Tag nicht in der Politbürositzung verbracht hatten, sicher noch nicht klar gewesen. Nagy, der zufällig auch erst in der Frühe des 23. Oktober von einer Weinlese am Plattensee in die Hauptstadt zurückgekehrt war, traf sich am Vormittag mit seinen politischen Freunden zu einer Besprechung. Auch die Führer der innerparteilichen Opposition zeigten für die Demonstrationen keine ungeteilte Begeisterung. Sie fürchteten sich vor Provokationen, und daß Gerő die Verantwortung auf sie abwälzen und sie eventuell verhaften lassen würde. Deshalb hatten sie die Sprecher der jugendlichen Protestler, die sie aufsuchten, auch zur „Bewahrung von Disziplin und Ordnung“ aufgefordert. In einer anderen Hinsicht wiederum war man in diesem Kreis um so optimistischer: nach der Nachricht von der Wahl Gomulkas zum Parteichef war man sicher, daß es auch in Ungarn zu Veränderungen kommen werde.

Es wurden für den Fall, daß Imre Nagy wieder in die politische Führung eingebunden werden sollte, Vorschläge ausgearbeitet, eine Liste der Namen jener Personen erstellt, die aus der Führung entfernt werden sollten, und wen man an deren Stelle an der Seite von Imre Nagy sehen wollte. Nach diesem Treffen begab sich Nagy nach Hause, wo er dann von Freunden aufgesucht und über das Geschehen auf der Straße unterrichtet wurde. Auch der Ruf des Politbüros, er möge ins Parlament kommen, um die vor dem Gebäude auf ihn wartende Menschenmenge zu beruhigen, erreichte ihn am Fröhabend zu Hause.

Vor dem Parlamentsgebäude und in den umliegenden Straßen waren um die zweihunderttausend Menschen versammelt - Studenten, Arbeiter, die Bevölkerung der Hauptstadt - und sie riefen nach Imre Nagy. Tausende demonstrierten auch an anderen Stellen der Stadt: beim Stalin-Denkmal am Rand des Stadtwäldchens und vor dem Rundfunkgebäude, wo die Menge die Sendung der Studentenforderungen verlangte. Es war zu erwarten, daß die bis zum Äußersten gespannte Stimmung, getragen von dem Willen zur Veränderung „Jetzt oder nie!“ - wie eine der gerufenen Parolen lautete - sich in jedem Moment explosionsartig entladen konnte.

Imre Nagy hat sich von einem der Balkone der auf dem Platz gespannt wartenden Menge um 21 Uhr gezeigt. Bereits seine Anrede „Genossen!“ rief in der Menge Enttäuschung und heftigen Widerwillen hervor. Und noch mehr seine Rede, in der er den gangbaren Weg zur Entfaltung im Sinne des Regierungsprogramms von Juni 1953 in „parteiinternen Verhandlungen und Klärung der Lage“ benannte. Er forderte die Menge auf, nach Hause zu gehen - seine Aufforderung wurde befolgt. Der Platz leerte sich, doch die Menschen gingen enttäuscht, ja sogar wütend davon. Die Enttäuschung über Imre Nagys Rede, in der die Forderungen der Demonstranten stillschweigend übergangen wurden, war tief.

Kurz darauf gelang es der Menge, mit Hilfe von Lastwagen und Schweißpistolen das riesige Stalin-Denkmal auf dem Paradeplatz vom Sockel zu holen. Leute gingen mit Hammern und Beilen daran, das gestürzte Idol des Systems in Stücke zu zerschlagen. Ebenfalls um 21 Uhr herum geschah die Wende vor dem Rundfunkgebäude. Die zur Verteidigung im Haus befindlichen Soldaten und ÁVH-Leute glaubten die Lage klären zu müssen: es wurde auf die das Gebäude „stürmende“ Menge geschossen. Die Demonstranten, mittlerweile bewaffnet - teils mit Gewehren, die sie von den Soldaten, die zur Verstärkung der Wachmannschaft beordert worden waren, erhalten hatten, teils mit solchen, die aus Kasernen der Volksarmee herbeigeschafft worden waren - stürmten das Rundfunkgebäude. Der bewaffnete Aufstand hatte begonnen.

### *Lösungsversuche des Politbüros*

Während sich all dies auf den Straßen von Budapest ereignete, tagte das Politbüro in der Parteizentrale weiter. Ernő Gerő hatte sich bereits am Nachmittag, als die studentische Kundgebung sich in eine Massendemonstration verwandelt hatte, Moskau mehrfach angerufen und die sowjetische Führung um Hilfe gebeten. Wie aus unlängst bekannt gewordenen Materialien aus sowjetischen Parteiarchiven hervorgeht, hatte Gerő sowohl bei Chruschtschow als auch beim Sowjetbotschafter Andropow auf militärische Hilfe gedrängt. Der Generalsekretär der KPdSU, der gerade kurz zuvor in Warschau eine

friedliche Lösung nur durch Zugeständnisse an die geschlossen auftretende polnische Parteiführung erreichen konnte, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bereit, dem Einsatz sowjetischer Truppen in Ungarn zuzustimmen. Da aber Andropow die Lage als sehr kritisch beurteilte, wurde aus Moskau Zustimmung versprochen, aber von einem formellen Hilferuf seitens der ungarischen Regierung abhängig gemacht. Wohl auf Drängen Andropows erhielt Marschall Schukow, noch bevor der vom ungarischen Ministerpräsidenten András Hegedüs unterzeichnete Brief Moskau erreichte (das geschah erst Tage später), den Befehl, sowjetische Panzereinheiten in Budapest einzusetzen.

Als Imre Nagy um 22 Uhr das Parlamentsgebäude verließ und in die nahegelegene Parteizentrale hinüberging, war Gerő, über die bewaffneten Auseinandersetzungen beim Rundfunkgebäude bereits unterrichtet, im Begriff, erneut mit Moskau zu telefonieren. Wahrscheinlich war es dieses Telefongespräch, in dem Chruschtschow schließlich dem Truppeneinsatz zustimmte.

Derweil auf den Straßen der Hauptstadt der stalinistische Einparteiensstaat spektakulär in die Brüche ging, machte sich die Führung in altbewährter Art kommunistischer Staatskunst nun „an die Lösung der Krise“. Die übliche Entscheidungsprozedur der engeren Führungsgremien wurde auch von Imre Nagy, der von der stalinistischen Fraktion jetzt nicht mehr übergangen werden konnte, nicht durchbrochen. Er wählte, durch die Ereignisse des Tages wohl etwas verunsichert, unter den Lösungsmöglichkeiten zur Klärung der Situation die denkbar schlechteste. Obwohl er sich hätte entschließen können, Gerő und Genossen ihrem Schicksal zu überlassen - sollten sie doch die Krise allein meistern - oder aber, seine Hilfe an Bedingungen knüpfen - personelle Änderungen, Verhandlungen über die Forderungen der Straße - tat er beides nicht, sondern gab seinen Namen und seine Popularität bedingungslos für die Rettung der Partei hin.

Am Spätabend setzte sich das Zentralkomitee zusammen. An dieser Sitzung nahmen allerdings nur jene Mitglieder teil, die in der außergewöhnlichen Situation die Parteizentrale in der Innenstadt überhaupt noch erreichen konnten. Es wurde beschlossen, den Aufstand, den man als „das Werk konterrevolutionärer, faschistischer Kräfte“ definierte, mit Hilfe der Armee, bewaffneter Sicherheitskräfte und sowjetischer Truppen niederzuwerfen. Danach ging das ZK zur Umbildung der Staats- und Parteiführung über. Man beriet zunächst über die personelle Erweiterung der leitenden Organe. Imre Nagy wurde ins Politbüro und für den Posten des Ministerpräsidenten nominiert. Nagy selbst schlug zwar in dieser Sitzung die Ablösung Gerős als Ersten Sekretär vor, doch als der Vorschlag keine Mehrheit fand, siegte bei ihm die nach lebenslanger Einübung zum Reflex gewordene Verhaltensweise: Er unterwarf sich der Parteidisziplin und akzeptierte den Mehrheitsbeschluß. Ernő Gerő, durch den auch die Sowjetführung ihre Interessen am besten vertreten sah, blieb auf seinem Posten.



Demonstranten auf der Margarethen-Brücke, 23. 10. 1956

Die von der halbherzig erneuerten Führung in der Nacht vom 23. zum 24. Oktober gefaßten Beschlüsse wurden in den Morgenstunden im Rundfunk verlesen: Der Ausnahmezustand war ausgerufen, Versammlungsverbot und Ausgangssperre verhängt und den bewaffneten Aufständischen Standgericht angedroht. Darüberhinaus wurde bekanntgegeben, daß die Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung die sowjetischen Streitkräfte um Hilfe gebeten habe und schließlich, daß personelle Veränderungen in der Führung vorgenommen worden seien. József Révai, Innenminister László Piros und einige andere schieden aus dem Politbüro aus. In den innersten Kreis der Führung wurden außer Imre Nagy noch zwei wichtige Vertreter der innerparteilichen Opposition, die nicht anwesenden Ferenc Donáth und Géza Losonczy, die beiden engsten Mitstreiter von Imre Nagy, gewählt. Als sie sich dann am 25. Oktober den Beratungen anschlossen, weigerten sie sich, eine Politik der bewaffneten Gewalt mitzutragen und teilten ihren Standpunkt dem ZK schriftlich mit. Imre Nagy, der seine Tätigkeit in der umgebildeten Führung tatsächlich erst am Morgen des 24. Oktober aufnahm, hatte an der Beschlußfassung einiger der in der vorangegangenen Nacht gefaßten Maßnahmen nicht mitgewirkt. Er war aber auch nicht in der Lage, sie zu verhindern, so daß diese mit seinem Namen verknüpft blieben. Daraus erwachsen in den nächsten Tagen dann viele der politischen Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte. Der Ministerpräsident, von seinen Mitstreitern abgeschnitten, hat wahrscheinlich noch immer gehofft, daß die Entscheidung

über die Reformen nicht auf der Straße stattfindet, und daß die politische Führung in der Lage sein werde, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Aber die Menschen auf der Straße, sich ihrer Kraft bewußt, reagierten auf die Machtdemonstration der Führung mit ihren eigenen Waffen. Ein spontaner Massenstreik entwickelte sich, in Budapest standen alle öffentlichen Verkehrsmittel still, und auch die Zeitungen - bis auf flugblattartige Sonderausgaben - erschienen nicht. (Im Gegensatz zum Fernsprechverkehr, der auch während der Kämpfe immer funktionierte!)

Tagsüber, am 24. Oktober, waren die Straßen der Hauptstadt in den Gefechtsphasen voller Menschen, die in Gruppen zusammenstanden und die Lage diskutierten. In der neuen Situation gerieten die Forderungen des Vortages völlig in den Hintergrund: Der Einsatz der sowjetischen Truppen hatte bewirkt, daß der Aufstand gegen die stalinistische Diktatur sich über Nacht in einen nationalen Freiheitskampf verwandelte.

### *Ein Aufstand für die Freiheit*

Obwohl die frühesten Forderungskataloge vor allem Elemente einer inneren Systemreform enthielten, tauchte in ihnen gleichwohl die Forderung nach „Freiheit und nationaler Unabhängigkeit“ auf. Als der Aufstand dann ausbrach, waren diese beiden eng miteinander verknüpften Forderungen eindeutig in den Vordergrund gerückt. Charakteristisch sind die Worte eines sechzehnjährigen Freiheitskämpfers, der am 25. Oktober auf die Frage eines Reporters, warum er mit der Waffe in der Hand auf die Straße ginge, sagte: „Ebenso wie unsere Freiheitskämpfer 1848 gegen die Unterjochung aufstanden, dürfen auch wir nicht dulden, daß in unserer Heimat fremde Unterdrücker ihr Unwesen treiben.“ Sich auf 1848 zu berufen, lag 1956 auf der Hand. Nicht allein deshalb, weil die ungarischen Ereignisse des „Völkerfrühlings“ im kollektiven Gedächtnis der Nation nie verblaßt waren, sondern auch untrennbar mit der russischen Intervention verknüpft blieben: die Habsburger konnten die ungarische Revolution 1849 nur mit Hilfe der zaristischen Armee niederwerfen. Die Demonstration am 23. Oktober begann ja auch am Denkmal jenes polnischen Generals Bein, der 1849 als Befehlshaber der Honvéddarmee in Siebenbürgen für die Revolution kämpfte. Die Erinnerung an die Revolution von 1848 war bei der Formulierung der Zielsetzungen von 1956 sowohl politisch als auch emotional ein wichtiges Element.

Die Forderung nach Freiheit am 23. Oktober 1956 bedeutete in erster Linie: Abzug der Besatzungsarmee, Beendigung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit, Überprüfung der für das Land ungünstigen Verträge sowie die Wiedereinführung der traditionellen ungarischen Symbole anstelle der nach sowjetischem Muster gestalteten Embleme und Uniformen. Nach der sowjetischen Intervention am 24. Oktober rückte dann der sofortige Abzug der gegen die Revolution eingesetzten sowjeti-



„Russen geht nach Haus“

schen Truppen als Forderung an erste Stelle: zuerst nur der Abzug der Truppen aus Budapest und aus den größeren Provinzstädten, schon bald aber aus dem ganzen Land. Die sowjetische Intervention gegen die Revolution hatte bewiesen, daß die Stationierung der sowjetischen Truppen in Ungarn in erster Linie der Sicherung des Abhängigkeitsverhältnisses des „sozialistischen Blocks“ und des kommunistischen Regimes von Moskau diene, das Moskau nötigenfalls auch mit militärischer Gewalt stützte. Deshalb war die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen die zentrale Frage nicht allein in Hinblick auf die nationale Unabhängigkeit, sondern ebenso für den Erfolg jedweder demokratischer Umgestaltung und jedes wirksamen Auftretens gegen die stalinistische Diktatur.

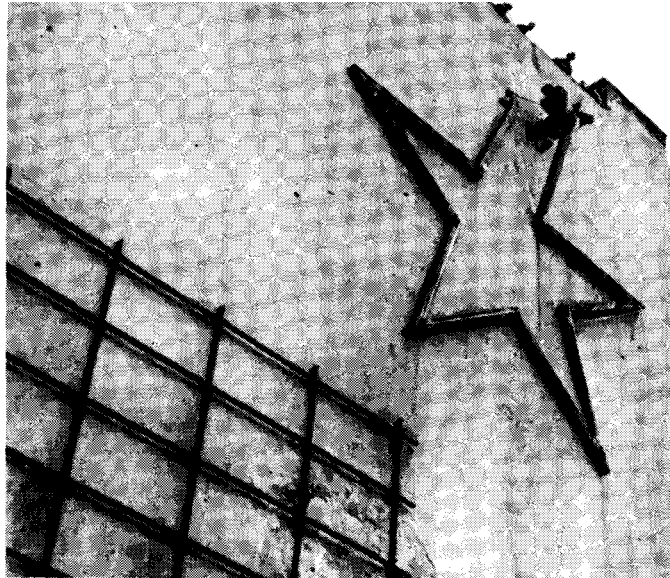
Durch die Forderung nach Abzug der Sowjettruppen wurde zugleich das Sowjetreich in Frage gestellt, die Teilung der Welt in Machtblöcke (die sogenannte Ordnung nach Jalta), jenes System, das im Zweiten Weltkrieg in Teheran und Jalta aufgrund des damaligen politisch-militärischen Kräfteverhältnisses und, ohne den betroffenen Ländern Gehör zu schenken, von den Großmächten vereinbart wurde. Daß der polnische und ungarische Widerstand gegen das sowjetische Diktat sich im Grunde gegen „Jalta“ richtete, wurde 1956 in Ungarn noch kaum formuliert; explicite tauchte der Begriff erst Jahre später in Polen auf, doch in Wirklichkeit war er implicite schon 1956 gegenwärtig. Es ist aber bezeichnend, daß die Reaktion der westlichen Großmächte 1956 ebenfalls auf die Beibehaltung des Status-quo nach dem

Jaltaer Abkommen zielte: Sie erhoben zwar ihre Stimme gegen die militärische Intervention, doch das Kontrollrecht der Sowjetunion über die Region wurde nicht in Frage gestellt.

Gegen die Abhängigkeit von der Sowjetunion wandten sich jene Protestäußerungen, die die Überprüfung der internationalen Vereinbarungen, Außenhandelsverträge und verwandte Fragen behandelten. Ungarn war, genau so wie die übrigen Satellitenstaaten, über die militärische Besatzung hinaus sowohl politisch - dank der aus Moskau dirigierten kommunistischen Partei - als auch wirtschaftlich von der UdSSR völlig abhängig. Ein Ausdruck des Satellitenstatus war, daß die Entscheidungen der ungarischen Regierung, vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik, auch nach dem Friedensvertrag der Zustimmung Moskaus bedurften.

Die sowjetische „Kolonisierung“ in Ungarn erfolgte stufenweise. Über den Verbleib der 1945-46 aus Ungarn in die Sowjetunion verbrachten Güter und Industrieausrüstungen war in der Öffentlichkeit ebenso wie über Einzelheiten der im Friedensvertrag Ungarn auferlegten, also „legalen“, Reparationszahlungen nichts bekannt. Der Beitrag, den Ungarn im Rahmen des 1949 ins Leben gerufenen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) geleistet hatte, wurde ebenfalls wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Weder die Öffentlichkeit noch das Parlament oder die Fachleute waren informiert worden. Jedermann wußte aber, genauer gesagt, glaubte zu wissen, daß die ungarische Wirtschaft seit einem guten Jahrzehnt den Interessen Moskaus untergeordnet war und dem Wiederaufbau der im Krieg verwüsteten Gebiete der Sowjetunion und der Behebung der Mängel in der schlecht funktionierenden sowjetischen Wirtschaft zu dienen hatte. Was mit dem in Ungarn abgebauten Bauxit und Uran, den beiden strategisch wichtigen Rohstoffen, geschah, ob ihre Förderung Ungarn oder fremden Interessen diene, hat die Phantasie der Menschen besonders beschäftigt. Das haben solch witzige Parolen, wie „Man fragt sich schon in Pest und Buda, wer verfeuert unser Uran?!“ oder die mehr ernst gemeinten Losungen, wie „Das ungarische Uran gehört dem ungarischen Volk!“ zum Ausdruck gebracht. (In Südungarn, unweit von Pécs, gibt es ein verhältnismäßig kleines Uranvorkommen, das bis 1956 ausschließlich für die Sowjets abgebaut wurde, und es war, zum Beispiel, ungarischen Wissenschaftlern nicht möglich, auch nur die kleinste Menge für ihre Forschung zu erhalten.)

Verstand man während der Revolution unter „Freiheit“ vor allem die Befreiung von sowjetischer Besatzung und vom Kolonialstatus, so klang doch im Begriff auch der positive Sinn des Freiheitsgedankens schon immer mit: Das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Versammlungs- und Organisationsfreiheit, die Gewissens- und Religionsfreiheit, die Freiheit des Unterrichtswesens und so weiter. Diese bürgerlichen und Menschenrechte, seit Jahrhunderten Fundament der europäischen Kultur, waren in der 1949er Verfassung der Ungarischen Volksrepublik fast ausnahmslos enthalten. Doch sie bestanden nur auf dem Papier.



Kalvin-Platz, Budapest, 27. 10. 1956

Meinungsfreiheit und Freiheit der Presse standen auf den Forderungslisten ganz oben. Die Versammlungs- und Organisationsfreiheit war bereits durch die Neugründung der freien Studentenorganisation (MEFESZ) und dann durch die Arbeiterräte und Revolutionskomitees in der Praxis verwirklicht worden. Das Streikrecht als Forderung erscheint ausnahmslos unter den Programmpunkten der Arbeiterräte. Ebenso allgemein wurden, wenn auch in unterschiedlichen Formulierungen, freie Wahlen gefordert. Die Religionsfreiheit, von der Parteidiktatur nicht minder beschnitten als die Meinungsfreiheit, wurde bereits ausdrücklich am 24. Oktober vom Arbeiterrat im Industrieviertel Csepel ins Programm geschrieben.

In den Forderungskatalogen - und in den revolutionären Aktionen - fehlten auch die Themen aus dem Bereich der Symbole von Staat und Gesellschaft nicht. Gefordert wurde die Wiedereinführung des Kossuth-Wappens, Emblem der 1848er Revolution (1946 auch Staatswappen), des 15. März, Gedenktag der 48er Revolution, als Nationalfeiertag und die Abschaffung der nach sowjetischem Vorbild gestalteten Uniformen. Nach Ausbruch des Aufstandes kam die Forderung auf, den 23. Oktober zum Nationalfeiertag zu erklären. Natürlich waren solche Forderungen für sich nicht von derselben Bedeutung wie jene, die gegen militärische, politische oder wirtschaftliche Unterdrückung gerichtet waren. Aber sie waren außergewöhnlich wichtig, und das sind sie - wie wir wissen - noch für die folgenden Jahrzehnte geblieben. Bei Einführung der neuen Zeichen und Embleme am 29. Oktober



schrieb eine Zeitung: „Wie wenig diese ungarische Revolution verlangt und wie zögernd ihr das wenige gewährt wurde.“ Wir dürfen hinzufügen: Und wie viel das wenige bedeutete.

Solche Symbole wie die Fahne, das Staatswappen oder die Uniformen haben als Kürzel von jeher die Aufgabe erfüllt, schwierig zu durchschauende hierarchische, gesellschaftliche oder religiöse Inhalte für jedermann verständlich zu machen. Der Rote Stern, das Symbol des Sowjetkommunismus - auf Fahne und Uniform, auf Zeugnissen und Diplomen, auf Dächern und Wänden, als Schaufensterdekoration und selbständiges Monument - war im öffentlichen und privaten Bereich allgegenwärtig. Ein ähnliches Symbol war die monumentale Stalin-Statue im Budapester Stadtwaldchen und die unzähligen anderen Standbilder und Büsten überall im Land. Wenn nach der kommunistischen Machtübernahme der rote Stern sofort und überall angebracht worden war, um von dem Sieg des Regimes zu künden, so war es für alle ein symbolischer Akt im Kampf gegen die Unterdrückung, als der Stern aus den Fahnen herausgeschnitten und von den Dächern heruntergeholt wurde. Symbolische Bedeutung hatte eigentlich auch die Forderung nach Abschaffung des obligatorischen Russischunterrichts. Der Protest hat sich nicht gegen die Sprache oder etwa gegen die russischen Klassiker gerichtet, sondern gegen den Zwang, daß Russisch als einzige Fremdsprache in den Schulen unterrichtet wurde. Die Forderung nach Wiedereinführung des Kossuth-Wappens und des 15. März als Nationalfeiertag war nicht nur das eindeutige Nein zu allem, wofür der „Rote Stern im Ährenkranz“ das Wappenemblem aller Sowjetrepubliken, oder der 4. April als „Befreiungstag“ mit seinen Jubelaufmärschen stand, sondern es bedeutete - um es nochmals zu betonen - zugleich die Bejahung der 1848er März-Revolution und des Freiheitskampfes, Bejahung des Programms der 1946er Ungarischen Republik und der freiheitlichen, republikanischen, nationalen Traditionen. Die rot-weiß-grüne Fahne, aus deren Mitte der Rote Stern herausgeschnitten worden war, wurde zum Symbol des Kampfes gegen die Mißachtung der nationalen Traditionen, welche der rote Stern beinhaltete.

Es ist bemerkenswert, daß die Menschen Jahrzehnte später in den Straßen von Timisoara/Temeschwar unter der rumänischen Trikolore, aus deren Mitte das volksrepublikanische Wappenemblem herausgeschnitten worden war, gegen die Ceausescu-Diktatur demonstrierten!

### *Bewaffneter Kampf gegen die Sowjettruppen*

Die entschiedensten Vertreter all dieser Forderungen, die eine unmißverständliche Antwort auf die obrigkeitliche Machtdemonstration gaben, waren die bewaffneten Aufständischen.

Und das war den Machthabern völlig klar. Die Parteiführung hatte bereits in der Nacht vom 23. zum 24. Oktober zur Koordinierung der Maßnahmen

gegen die Aufständischen einen Militärрат ins Leben gerufen, der im Sinne des Warschauer Vertrages mit dem Befehlshaber der in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen unverzüglich Verbindung aufnehmen sollte. Der Grund, warum es nicht zu massivem Einsatz von Truppen der Ungarischen Volksarmee kam, ist in den bereits erwähnten moralischen Zerrüttung und dem inneren Zwiespalt der Führung zu suchen. Weder die politische, noch die militärische Führung konnte sicher sein, daß die Truppen den Befehl, auf Zivilisten zu schießen, befolgen würden. So kämpften in Budapest allein die bewaffneten Einheiten der Staatssicherheit an der Seite der Sowjettruppen.

Die sowjetischen Einheiten erreichten Budapest in den frühen Morgenstunden des 24. Oktober. Nach den Truppenbewegungen und Aktionen der folgenden drei bis vier Tage zu urteilen, ist es wahrscheinlich, daß sie - zumindest am Anfang - keinen Angriffsbefehl erhalten hatten. Dafür hätte allerdings die Schlagkraft der in der Landesmitte stationierten Kontingente - zwei Panzerdivisionen - schon zahlenmäßig nicht ausgereicht. Allem Anschein nach sollte die beim Berliner Aufstand von 1953 erfolgreiche „Droh-Taktik“ angewandt werden, und es wurde damit gerechnet, daß man der „Unruhen“ durch Demonstration von Stärke würde Herr werden können. Diese Strategie deutet darauf hin, daß man die Lage in Moskau falsch einschätzte, oder aber, daß die sowjetische Führung in dieser Phase - etwa bis zum 28. Oktober - noch nach einer politischen Lösung suchte.

Die Aufständischen, die sich gegen diese Truppen stellten, waren zahlenmäßig nicht sehr stark; der Kampf wurde zunächst nur von ein paar tausend Bewaffneten geführt. Es war ihnen bis zum 28. Oktober nicht gelungen, irgendein strategisch wichtiges Objekt zu besetzen (das zerschossene und unbrauchbar gewordene Rundfunkgebäude wurde von sowjetischen Soldaten am 24. Oktober zurückerobert), aber in kleinen Gruppen waren sie in allen Teilen der Hauptstadt anwesend, sie griffen die sich in den engen Straßen ungeschickt bewegenden sowjetischen Panzer an und fügten den Truppen bedeutende Verluste zu. Es gelang ihnen, einige feste Widerstandsbasen zu bilden: in Pest in der Corvin- Passage und an verschiedenen Punkten des VIII. und IX. Bezirks, in Buda am Széna-Platz und am Móricz Zsigmond-Platz. In den Außenbezirken in Csepel und Újpest gab es größere bewaffnete Gruppen (s. Karte 1, S. 67).

Während bei den Demonstrationen in Budapest und dann auch in der Provinz das ganze Volk - im wahrsten Sinne des Wortes - die geschichtliche Bühne betrat, so waren die bewaffneten Aufständischen hauptsächlich Jugendliche. Es waren zum größten Teil Teenager, junge Arbeiter und Lehrlinge, darunter auch junge Mädchen, die zur Waffe griffen. Mehrheitlich kamen sie aus den ärmsten Vierteln von Budapest, aus den Industriebezirken (VIII. und IX. Bezirk, Josefstadt und Franzstadt), aus den dortigen Arbeiter- und Schülerwohnheimen. Daß sie mit der Waffe in der Hand kämpften, geschah weniger aus wohldurchdachtem politischen Entschluß als vielmehr aus



Straßenkämpfer in Budapest, um den 26. 10. 1956

Verbitterung über ihre trostlose Situation und die Wut, die sie über das Auftreten des bewaffneten staatlichen Unterdrückungsapparates empfanden. Die allen gemeinsamen Erfahrungen von Armut und Unterdrückung wurden bei dieser Jugend durch Generationsprobleme nur noch verstärkt; das reichte von den niedrigen Anfangslöhnen bis hin zur Reglementierung jeder spontanen Form der Freizeitgestaltung und jugendspezifischen Unterhaltung. Die vom Staat garantierte Langeweile und das ritualisierte Wohlverhalten wurden von den Jüngsten am stärksten als irritierende Fessel empfunden. Die massenhafte Marginalisierung breiter Bevölkerungsschichten in den 50er Jahren hat die Jugend besonders arg getroffen. Der bewaffnete Kampf schien aus dieser Lage einen romantisch-heroischen Ausweg zu bieten. Da gab es auf einmal all das, woran es im Alltag eines Jugendlichen gewöhnlich mangelte: das Erlebnis wirklicher, sich aus einer lebensgefährlichen Situation nährenden Solidarität, die Zuwendung der Menschen der näheren und fernerer Umgebung (die Aufständischen wurden von der Bevölkerung überall unterstützt) sowie die Möglichkeit, aus einer trostlosen Situation auszubrechen.

Es gab unter den Aufständischen nur wenige Erwachsene, „Gediente“ oder Leute mit höherer Bildung. Oft wurden diese dennoch die Anführer der bewaffneten Gruppen, da sie allein über elementare militärische Erfahrungen verfügten und die notwendigen politischen Führungsqualitäten besaßen. Zu Anführern wurden auch die Tapfersten, die sich bei den überfallarti-

gen Angriffen auf das sowjetische Militär oder auf ÁVH-Einheiten hervortaten. Unter den Aufständischen in Budapest gab es auch eine nicht geringe Zahl von „Draufgängern“, solche, die schon mit dem Gesetz - nicht unbedingt wegen ihrer politischen Überzeugung - in Konflikt geraten waren. Aber auch sie wurden von dem naiven Glauben und der makellosen Tapferkeit der anderen mitgerissen. Letzteres war in den Tagen des Aufstandes für die Stadt überhaupt charakteristisch: gewöhnliches Verbrechen kam während der Kämpfe kaum vor, die Auslagen hinter den zerbrochenen Schaufenstern blieben unberührt, ja sogar die Lebensmittel für die Kämpfenden wurden von den Anführern der Gruppen bezahlt. Der Widerstandswille und die Ausdauer der „Budapester Jungs“ waren zu einem entscheidenden politischen Faktor geworden, denn sie waren es, die den Kampf gegen die Übermacht in den kritischen Momenten, zwischen dem 24. bis 28. Oktober weitergeführt haben.

Sie stellten sich mit primitivsten Mitteln (Handfeuerwaffen, Molotov-Cocktails) und mit bewundernswerter Tapferkeit gegen die sowjetischen Panzer. Ausschlaggebend dabei war natürlich, daß sie der praktischen, aber vor allem der moralischen Unterstützung der Bevölkerung gewiß sein konnten. Obwohl sich viele Volksarmisten und auch einige Offiziere den Kämpfenden anschlossen, konnte bei den Gruppen von einer regelrechten militärischen Ausbildung oder von einheitlichem taktischen Vorgehen nicht die Rede sein.

Diejenigen, die ihren Wehrdienst bereits hinter sich hatten, verließen sich in der Handhabung von Waffen auf die eigenen Erfahrungen, die jüngeren wandten die ihnen aus den Kriegs- und Partisanenfilmen wohlbekannten „Tricks“ an. Ihre Anführer wuchsen im wahrsten Sinne des Wortes im Kampfgeschehen aus den eigenen Reihen heran - Personen, die sich durch Tapferkeit und Organisationstalent hervortaten. Es gab Gruppen, in denen die Anführer regulär gewählt wurden, so János Szabó (der legendäre „Onkel Szabó“) am Széna-Platz, László Nickelsburg am Baross-Platz, László Iván Kovács und später Gergely Pongráz und seine Brüder in der Corvin-Passage, János Bárány in der Tompa-Gasse, István Angyal, Otto Szirmai und Per Olaf Csongovai in der Tüzoltó-Gasse und viele andere mehr.

Obwohl zwischen den einzelnen Gruppen nur selten ein Zusammenwirken zustande kam, waren ihre Kampfmethoden erstaunlich ähnlich. Charakteristisch für die meist sehr jungen Kämpfer war auch, daß sie sich um Fragen der „großen Politik“ wenig kümmerten, nicht zu Beginn der Kämpfe und auch später nicht. „Wer eine Waffe hatte und für die 16 Punkte der Studenten kämpfte, war ein Kamerad“ - erinnerte sich Gergely Pongráz. Noch viel entscheidender war - wie es sich herausstellen sollte - ihr Widerstandswille und Durchhaltevermögen.

Imre Nagy, der den Schock des 23. Oktobers überwunden hatte, revidierte seinen Standpunkt und gab bereits am Mittag des 24. Oktober im Rundfunk bekannt, daß das Standrecht gegenüber all jenen, die die Waffen niederlegten, nicht angewendet würde. Die Frist für die Niederlegung der

Waffen war während des Tages und in den nächsten Tagen noch mehrmals verlängert worden. Doch die Aufständischen gaben den Kampf - außer, wenn sie irgendwo in eine aussichtslose Lage gerieten - nicht auf. Versuche, ihre Widerstandsnester auszuräuchern, gelangen nicht, und versprengte Gruppen versammelten sich rasch wieder ebendort oder anderswo.

Die Bewaffneten waren im wahrsten Sinne des Wortes zum Kampf bis in den Tod entschlossen. Wahrscheinlich war dies der wichtigste Grund dafür, daß die politische Führung keine Zwischenlösung durchsetzen konnte, und daß es ihr nicht gelungen war, durch partielle Reformen oder durch Reformversprechen die „Ordnung wieder herzustellen“. Der andere ausschlaggebende Grund war die revolutionäre Bewegung von unten, die Selbstorganisation der Bevölkerung auf lokaler Ebene.

### *Revolution im ganzen Lande*

Die Nachrichten aus der Hauptstadt mobilisierten die Menschen überall im Lande. Vom 24. Oktober an gab es in den Städten und dann auch in den kleineren Gemeinden Demonstrationen und Protestkundgebungen.

Das Szenario der revolutionären Ereignisse entwickelte sich an allen Orten auf ähnliche Weise, als ob die Protagonisten einem Drehbuch gefolgt wären. Es begann meist mit einer Massenkundgebung von Studenten, Schülern und anderen jungen Leuten. Das Volk nahm den öffentlichen Raum in physischem Sinne in seinen Besitz, jene öffentlichen Plätze, auf denen zuvor das Gewaltmonopol der verhaßten Macht gegolten hatte und die die Menschen nur bei besonderen Anlässen, bei den von oben organisierten festlichen Ritualen als „quasi-Gemeinschaft“ benutzen durften. Die Entfernung der Herrschaftssymbole (Roter Stern, Stalin-Statuen, sowjetische Kriegsdenkmäler) war ein Akt der symbolischen Säuberung der Plätze, eine Art Ikonoklasmus, der die geistige Befreiung ausdrückte. Danach folgte die Formulierung der „Punkte“ eines Forderungskataloges und die Wahl von Delegierten, die mit den lokalen Vertretern der Staatsmacht Verhandlungen führen sollten, es entstanden also die Keimzellen einer Selbstverwaltung, und dann als Schlußakt kam es an vielen Orten zur Konfrontation mit den Kräften des Ancien Régime.

Bei der revolutionären Erhebung in den Provinzstädten blieb die bewaffnete Konfrontation in der Regel aus, mag es auch mancherorts einen einzigen, blutigen Zusammenstoß gegeben haben, der aber sofort zum völligen Zusammenbruch der alten Macht führte. Der tagelange bewaffnete Kampf, der in Budapest tobte, war für die Menschen in der Provinz meist kein unmittelbares Erlebnis.

Als die zentrale Staatsmacht lahmgelegt war, zeigten auch die Kommandeure der Militär- und Staatsschutzeinheiten in der Provinz (von vereinzelt Fällen abgesehen, über die noch zu reden sein wird) im Grunde keine

große Neigung zum Einsatz von Waffen. Die Vorsitzenden der lokalen Parteiorganisationen, die Kreis- und Ortsräte waren entweder geflohen, oder sie haben sich der veränderten Lage anzupassen versucht. Überall bildeten sich örtliche Komitees (Revolutionsräte, Nationalkomitees), die die öffentlichen Angelegenheiten in den Gemeinden in die Hand nahmen. In der Wagon- und Lokomotivbaufabrik DIMÁVAG im Schwerindustriezentrum Miskolc wurde am 23. Oktober zur Durchsetzung der Forderungen der Belegschaft ein Arbeiter-Mobilisierungskomitee gebildet. Im Elektrogerätewerk Egyesült Izzó („Vereinigte Glühbirnenfabrik, Tungstram“) in Újpest wurde am 24. Oktober der erste Arbeiterrat gewählt, der angesichts der durch den landesweiten Generalstreik und den bewaffneten Kampf entstandenen außergewöhnlichen Situation, die Leitung des Betriebes übernahm. Auf die Nachricht, daß im Egyesült Izzó die Betriebsleitung vom Arbeiterrat übernommen worden war, entstanden innerhalb von Tagen in allen Betrieben des Landes provisorische Arbeiterräte.

In größeren Ortschaften setzten sich die lokalen Revolutionskomitees in der Regel aus Delegierten der Arbeiter- und Studentenräte zusammen, die - je nach den örtlichen Gegebenheiten - entweder durch Vertreter der 1945er Koalitionsparteien, oder durch einzelne geachtete Persönlichkeiten des gestürzten Verwaltungsapparats erweitert wurden. In den kleineren, übersichtlichen Gemeinden wurden die Revolutionskomitees nach dem Beispiel der Arbeiterräte aus direkt gewählten, vertrauenswürdigen Personen gebildet. Diese Komitees übernahmen überall die Aufgaben der Macht- und Verwaltungsorgane. Dabei bildete sich innerhalb von wenigen Tagen in Ansätzen eine neue, durch die Revolution legitimierte Führungsschicht heraus: meistens jüngere Leuten, die die Fähigkeit besaßen, unter den schwierigen Verhältnissen für das Wohl ihrer engeren Gemeinschaft zu wirken. In den unter vielerlei Namen gegründeten Revolutionsorganen wirkten landesweit mehrere zehntausend Menschen aktiv mit, und es zeigte sich in kürzester Zeit, daß es unter ihnen Persönlichkeiten mit Führungsqualitäten gab, die - wäre ihnen Zeit vergönnt gewesen - auch in der Politik auf Landesebene führende Rollen hätten spielen können. So der Vorsitzende der Revolutionskomitees von Győr, Attila Szigethy, der Vorsitzende des Nationalkomitees in Szeged, der Rechtsgelehrte József Perbír, oder der Vorsitzende des Revolutionskomitees von Veszprém, der Oberstudienrat Árpád Brusznyay und viele andere mehr. Im Komitat Borsod stellte sich der Komitatspartei sekretär Rudolf Földvári an die Spitze der revolutionären Umwälzung.

Etwas anders als in den größeren Provinzstädten verlief die Revolution in den kleineren Gemeinden. In den Dörfern geschah der Umbruch gewöhnlich schnell und gewaltlos - die Stalinisten setzten sich einfach ab. Die Initiative der lokalen Revolutionskomitees - so es welche gab - beschränkte sich auf die Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die Vernichtung der verhaßten Abgabe-Registraturen. Ansonsten sahen die dörflichen Komitees ihre Hauptaufgabe in der Aufrechterhaltung der öf-

fentlichen Ordnung und - wenn sie dazu nur irgend eine Möglichkeit fanden - in der Unterstützung des Kampfes in der Hauptstadt durch Lebensmittelsendungen. Letztere waren nicht nur für das Überleben der auf die Belagerungsverhältnisse unvorbereiteten Stadtbewohner, sondern auch zur Hebung der Moral in der Lebensgefahr von größtem Wert. Von überall trafen Lastautos mit Kartoffeln, Mehl, Geflügel ein, ohne daß das von einer Zentrale organisiert gewesen wäre. Sowohl die Aufständischen wie die Zivilbevölkerung erblickte darin ein Zeichen, daß ihre Anliegen die des ganzen Landes waren.

Charakteristisch für die revolutionäre Erhebung in der Provinz war der „Revolutionär der Ordnung“, einer, der in der Situation der revolutionären Bereitschaft und dem Ausnahmezustand für die öffentliche Ordnung und Sicherheit sorgt, der sich zu diesem Zweck als Organisator, Verhandlungs- und Vermittlungspartner bewährt. Die kleineren Gemeinschaften hatten trotz aller destruktiven Kräfte ihre Überschaubarkeit und bis zu einem gewissen Grad auch ihren inneren Zusammenhalt bewahrt. Man wußte, welche Leute man in Führungspositionen zu wählen oder mit Organisationsaufgaben zu betrauen hatte, und es war leicht zu entscheiden, welche Leute von ihrem Posten abgelöst, welche verjagt oder gar vorbeugend in Haft genommen werden sollten. In den Selbstverwaltungsorganen der Provinzstädte war die Teilnahme der Arbeiter und Armeeeoffiziere in der Altersgruppe zwischen zwanzig und dreißig auffallend hoch. In den Dörfern gelangten viele Privatbauern, die sich dem politischen Druck der Rákosi-Ära nicht gebeugt hatten, in die öffentlichen Ämter. Jene nach 1945 aktiven Politiker der Koalitionsparteien, die sich allgemeiner Achtung erfreuten, kamen wie selbstverständlich in führende Positionen.

Von den einzelnen Nationalkomitees in den Dörfern oder den Arbeiterräten in kleineren Betrieben wurden natürlich viele Forderungen aufgestellt, die lokale Probleme betrafen, doch diese waren eher Handlungsprogramme, die zu den großen gesamt-nationalen und gesamtgesellschaftlichen Zielen nicht im Widerspruch standen. Zu den allgemeinen Zielen der Revolution - Unabhängigkeit, demokratische Ordnung und Bewahrung der sozialen Errungenschaften - bekannten sich alle Organisation auch in der Provinz.

Die in den größeren Städten, vor allem in den Industriezentren nach dem Delegationsprinzip gebildeten Revolutionsorgane, schalteten sich auch in die Landespolitik ein. Die meisten regionalen Rundfunksender und die Lokalzeitungen haben sich die Forderungen der Revolution schon vor dem 28. Oktober zu eigen gemacht und sie kämpferisch vertreten. Delegationen aus Gor, Miskolc, Debrecen sprachen bei der Nagy-Regierung vor, versuchten im Sinne der Forderungen auf sie Druck auszuüben. Die Räte und Komitees waren der Regierung gegenüber im allgemeinen bis in die ersten Novembertage mißtrauisch geblieben. Am 30. Oktober kam in Győr ein bedeutender überregionaler Zusammenschluß der örtlichen Revolutionsorgane, der Westungarische Nationalrat, zustande, der auch die im westlichen Landesteil

stationierten Einheiten der Ungarischen Volksarmee unter die eigene Befehlsgewalt zu stellen versuchte. Und auch wenn gewisse Abenteurer eine Art Gegenregierung zu bilden trachteten, wurde dieses Bestreben dank des entschiedenen Auftretens der Arbeiterschaft von Győr und der Besonnenheit vom Vorsitzenden des Nationalrates, Attila Szigethy, nicht zuletzt aber durch die veränderte Politik von Imre Nagy im Keime erstickt.

Die lokalen Selbstverwaltungsorgane spielten während der Revolution eine nicht zu unterschätzende Rolle. Budapest war zwar das Zentrum, doch die sich in den Provinzzentren schnell entwickelnden Selbstverwaltungen übten auf die Partei- und Staatsführung und auch auf Imre Nagy persönlich starken politischen Druck aus. In diesem Punkt waren sie den bewaffneten Aufständischen ebenbürtig. Ohne diesen politischen Druck wäre die Imre-Nagy-Regierung wahrscheinlich auf halbem Wege, irgendwo zwischen der Plattform der parteiinternen Opposition und den Zielsetzungen der Revolution stehengeblieben.

Die Macht im Lande war im Grunde zweigeteilt: auf der einen Seite standen die Revolutionsorgane, die die Forderungen des Volkes, in erster Linie den Abzug der Sowjettruppen, vertraten: die Arbeiterräte, die bewaffneten Aufständischen und die sie unterstützende Bevölkerung. Auf der anderen Seite: die Budapester Machtzentrale, die ihre Aufgabe noch immer in der Wiederherstellung der öffentlichen „Ordnung“ durch den Einsatz von Militär sah. Die Parteiführung und mit ihr Imre Nagy befanden sich während der ganzen Woche nach dem 23. Oktober in einem einzigen Dilemma. Sie hatten nur die Wahl: Konfrontation mit dem ganzen Volk oder Befriedung durch Annahme der revolutionären Forderungen.

#### *Imre Nagy erkennt die Revolution an*

Die Führung der MDP, in ihrem Budapester Hauptquartier von sowjetischen Panzern umstellt, war in den ersten Tagen nach dem 23. Oktober, als ihr die Kontrolle über die Lage mehr und mehr entglitt, noch immer nicht bereit, auf die alten Methoden zu verzichten. An den Sitzungen des Politbüros nahm aus den Reihen der innerparteilichen Opposition außer Imre Nagy niemand teil, auch nicht Ferenc Donáth und Géza Losonczy, die, wie bereits erwähnt, am 24. Oktober in Abwesenheit ins Politbüro gewählt worden waren. Da beide den Standpunkt, die Ereignisse als „Konterrevolution“ zu brandmarken, nicht mittragen wollten, nahmen sie an den Sitzungen nicht teil und ließen ihr Sondervotum dem Politbüro schriftlich zukommen. Imre Nagy war in zweifacher Hinsicht - aber nicht wie die Legende wissen will, physisch - ein „Gefangener“: Gefangener einer in ihrer Zusammensetzung im Grunde unveränderten, verunsicherten und inkonsequent handelnden Führung, in der er allein gelassen wurde, und Gefangener der eigenen Illusionen, daß die Lage „gremienintern“ und den kommunistischen Par



teinormen und Gewohnheiten entsprechend zu meistern sein werde. Die strammen Stalinisten, die im Militärischen Rat beim Politbüro die Mehrheit stellten, erhofften sich die Lösung durch den Einsatz von Militär.

Zum Schutz des Regierungsviertels wurden auf den Dächern der umliegenden Häuser Einheiten der Staatsicherheit in Stellung gebracht. So kam es am Vormittag des 25. Oktober zum Massaker unter der vor dem Parlamentsgebäude friedlich demonstrierenden Menge. Tausende nahmen an der Kundgebung mit Fahnen und Plakaten teil, einige ungarische und sogar etliche sowjetische Panzer schlossen sich ihnen an, denn die Kämpfe schienen allmählich nachzulassen. Plötzlich wurde aus allen Richtungen geschossen. Bei diesem wohl blutigsten Ereignis der Revolution waren über hundert Tote und Verletzte zu beklagen. In den folgenden Tagen gab es in einer Reihe von Provinzstädten ähnliche Vorfälle: in Győr, Miskolc, Zalegerszeg, Esztergom, wo von Kräften der Staatssicherheit, gelegentlich auch von regulären Armeeeinheiten, auf Demonstranten geschossen wurde, die die Herausgabe von Waffen, den Anschluß der bewaffneten Kräfte an die Revolution oder die Freilassung von gefangenen Aufständischen verlangten. Der Schießbefehl vor der Kaserne der Grenztruppen in Mosonmagyaróvár hat allein an die hundert Opfer gefordert. In Kecskemét und Tiszakécske wurden Demonstranten von Flugzeugen der Ungarischen Armee aus beschossen.

Der Terror hat sein Ziel aber nicht erreicht, der Widerstand blieb ungebrochen, die Massen gingen weiter auf die Straße. Einziger Erfolg des Waffeneinsatzes war Haß. Jetzt wurde überall die unverzügliche Auflösung des Staatsicherheitsdienstes gefordert. In Miskolc und Mosonmagyaróvár hatte der Schießbefehl noch verheerendere Folgen: einige Offiziere und Soldaten vom Sicherheitsdienst bzw. der Grenzwaiche, die man für schuldig hielt, wurden gefaßt und von der erbosten Menge gelyncht.

Als die politische Führung am 26.-27. Oktober Kompromissbereitschaft zeigte, machte der Militärische Rat, gestützt auf die orthodoxen Kräfte in der Führung, neue Vorschläge: den Einsatz sowjetischer Artillerie und der Luftwaffe gegen die Aufständischen in der Corvin-Passage, das zähste Widerstandsnest in Budapest und die Einführung der Militärdiktatur. Daß diese Pläne nicht zur Ausführung kamen, war hauptsächlich Imre Nagy zu verdanken.

Am Anfang war es Imre Nagy nicht gelungen, eine plausible Alternative zu finden und sie überzeugend zu vertreten, auch wenn er sich seit dem 24. Oktober darum bemühte. Der Kreis um Imre Nagy, die meisten Mitglieder des Petöfi-Kreises und ein Großteil der Studenten haben vor dem 23. Oktober und auch einige Tage danach noch gehofft, die Krise durch radikale Veränderungen innerhalb der herrschenden MDP im Geiste des 1953er Regierungsprogramms meistern zu können. Die Patriotische Volksfront sollte zu einer wirklichen Massenorganisation ausgebaut, die freie, offene Diskussion innerhalb der Partei erlaubt, das Machtmonopol der MDP gebrochen werden. Diese Vorstellungen kamen auf der personellen Ebene als Alternative

zur Gerő'schen Parteiführung in der Unterstützung Imre Nagys und János Kádárs zum Ausdruck. Sogar unter den Kämpfenden gab es einige, die die Lösung von einer geläuterten kommunistischen Partei erhofften. Der 1958 hingerichtete Anführer der Aufständischen in der Tüzoltó-Gasse, István Angyal notierte im Gefängnis:

Wir waren der Meinung, daß die Partei sich an die Spitze der Revolution hätte stellen müssen ...damit alle sehen: das Volk kämpft für den Sozialismus. Es hat den Sozialismus gewollt, dafür gekämpft ... Wäre es so gekommen, hätten wir mit vereinter Kraft die grundlegenden Errungenschaften des Sozialismus, die Verstaatlichung der Banken, Unternehmen und Fabriken, die Landverteilung verteidigen können.

Daß solche Ansichten nicht die Vorstellungen der meisten Aufständischen und auch nicht der Revolutionsorgane widerspiegeln, zeigte sich als die Bekanntgabe von Nagys Ernennung zum Ministerpräsidenten nicht die erhoffte Wirkung hatte: die Kämpfe hörten nicht auf. Weitere personelle Änderungen schienen angebracht. Die beiden Präsidiumsmitglieder der KPdSU, Mikojan und Suslow, die am 24. Oktober in Budapest eintrafen, stimmten der Ablösung Gerős von der Parteispitze am 25. Oktober und die Ernennung von János Kádár, die Imre Nagy vorgeschlagen hat, zu. Da aber Gerő, Hegedűs und Gesinnungsgenossen weiterhin der Führung angehörten, befriedigte der Wechsel an der Spitze niemanden. Nach einer echten Lösung zu suchen, blieb weiterhin Imre Nagys Aufgabe. Daß er am 28. Oktober dann die Möglichkeit zur Lösung der Krise sah, war in nicht geringerem Maße den Vermittlungsbemühungen der Reformopposition zu verdanken.

Als ihr Schock - ausgelöst durch die Entwicklung der Ereignisse und das Verhalten Imre Nagys, der dem Ruf seiner Feinde folgte und zu den Unterdrückungsmaßnahmen seinen Namen hergab - überwunden waren, versuchten die ihm nahe stehenden Oppositionellen zwischen Imre Nagy und dem Volk im Aufstand zu vermitteln.

Bereits in der ZK-Sitzung am 26. Oktober schlugen Donáth und Losonczy vor, den Aufstand, der am 24. Oktober als „Konterrevolution“ gebrandmarkt wurde, als demokratische Nationalbewegung anzuerkennen, doch ohne Erfolg. Die Reihe der Delegationen (Schriftstellerverband, Revolutionskomitee der Universitätsjugend, einzelne oppositionelle Schriftsteller und Journalisten), die bei Imre Nagy vorsprachen, riß nicht ab. Alle versuchten, den vom aktuellen Geschehen abgeschnittenen (oder abgeschnitten geglaubten) Regierungschef über die tatsächlichen Vorgänge im Lande zu unterrichten. Diese Bemühungen bewirkten, daß es Imre Nagy schließlich klar wurde: die Wende herbeizuführen, ohne die Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen, sei nicht möglich.

Die Schritte, die dann folgten, waren durch diese Erkenntnis motiviert. Das Standrecht gegen gefangene Aufständische wurde nicht angewandt, das Ultimatum für die Niederlegung der Waffen immer wieder verlängert, der Polizeipräsident der Hauptstadt, Sándor Kopácsi bot den Aufständischen im

Namen der Regierung Verhandlungen an und die neuen revolutionären Organisationen wurden als legitime Vertretungs- und Selbstverwaltungsorgane anerkannt. Das politische Machtzentrum wurde aus der entscheidungsunfähigen Parteiführung weg auf die zwischen dem 25. und dem 27. Oktober gebildete neue Regierung verlagert, der nun neben einigen, aus der Führung verdrängten und von den Stalinisten verfolgten Altkommunisten, wie György Lukács oder Zoltán Vas, auch die beiden Politiker der ehemaligen FKGP, Zoltán Tildy und Béla Kovács angehörten. Mit der Erweiterung der Regierung kam Imre Nagy im wesentlichen den Forderungen der ersten Stunde nach - aber die Forderungen der Freiheitskämpfer und der Revolutions- und Nationalräte, gingen längst über partielle Reformen weit hinaus. Schließlich verkündete der Ministerpräsident, nach Verhandlungen mit der Parteispitze und Beratungen in der Sowjetischen Botschaft (mit wem und über welche Themen, ist bis heute nicht geklärt) am 28. Oktober den Waffenstillstand. Er gab in einer Rundfunkrede bekannt, daß die Regierung gewillt sei, einen großen Teil der revolutionären Forderungen zu erfüllen, und daß sie über den Abzug der sowjetischen Truppen Verhandlungen aufnehmen würde.



Nach den Kämpfen. Ringstraße, 28. 10. 1956